

LANDTAGS KURIER



Vorgemerkt!

TAG DER OFFENEN TÜR

IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

3.10.2021

(14 – 18 Uhr)



Seite 6:
Aktuelle Debatte zu
Wetterextremen und
Hochwasser in Sachsen



Seite 16:
Landtagspräsident besucht
Ausstellungseröffnung
zum Dreißigjährigen Krieg



Seite 20:
Historisches Jubiläum:
400 Jahre Landtag
in Kamenz

Ausgabe

5.21



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

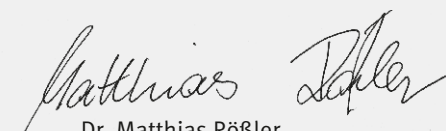
Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

schon vor einigen Wochen haben in Sachsen die Sommerferien begonnen. Nach einem kräftezehrenden Schuljahr dürfen sich die sächsischen Schülerinnen und Schüler nun freuen, endlich ausspannen und sich zu erholen. Auch sonst ist für viele von uns die Urlaubszeit angebrochen. Vielleicht haben Sie sich vorgenommen, ein lange liegen gebliebenes Buch zu lesen, den Garten zu pflegen oder zu verreisen.

Der Sächsische Landtag befindet sich nach einem arbeitsreichen Plenarjahr ebenfalls für mehrere Wochen in der Sommerpause. Noch Ende Juli, wenige Tage vor dem Ferienstart, kamen die Abgeordneten zu zwei Sitzungstagen zusammen. Traditionell bietet sich dieser Zeitpunkt an, um eine Arbeitsbilanz der vergangenen 12 Monate zu ziehen. So behandelte der Sächsische Landtag 40 Gesetzentwürfe, darunter 21 angenommene und vier abgelehnte Beschlüsse. 15 Gesetze befinden sich noch in der parlamentarischen Beratung. Die Abgeordneten und Fraktionen stellten insgesamt 2 670 Kleine und sieben Große Anfragen an die Staatsregierung.

Diese Zahlen machen deutlich, dass unser Parlament auch im zweiten Jahr unter Corona-Bedingungen entschlossen und selbstbewusst agierte. Die Abgeordneten nahmen die Staatsregierung in die Verantwortung, regelmäßig im Hohen Haus über die Pandemie-lage in Sachsen zu berichten. Sie setzten außerdem durch, die Ausschüsse bei den Corona-Schutz-Verordnungen einzubeziehen. Die Mitspracherechte gingen den einen dennoch nicht weit genug, für andere verzögerten sie die Umsetzung wichtiger Beschlüsse. Ungeachtet dessen hat sich der Landtag in einer Zeit höchst unterschiedlicher Meinungen als ein Ort zentraler gesellschaftlicher Debatten erwiesen. Das Parlament stand nicht an der Seitenlinie, sondern war als handelnder Akteur auf dem Spielfeld beteiligt.

Im vorliegenden Landtagskurier können Sie sich über die jüngsten Debatten und Beschlüsse des sächsischen Parlaments umfassend informieren. Ich freue mich außerdem, dass es gelungen ist, gleich zwei hervorragenden Artikeln zur Landtagsgeschichte in diesem Heft Platz zu schenken.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

34. Sitzung des Sächsischen Landtags Verantwortung für das Ganze Staatsregierung will Impfangebote ausweiten	4
34. Sitzung des Sächsischen Landtags Freie Fahrt für das Bildungsticket Chance für den ländlichen Raum und den öffentlichen Nahverkehr.....	5
34. Sitzung des Sächsischen Landtags Klimaschutz fortführen Wetterextreme häufen sich, Politik diskutiert Maßnahmen.....	6
Hintergrundinformationen zum Hochwasser in Sachsen	8
35. Sitzung des Sächsischen Landtags Wohnungsmarkt unter Stress Knapper Wohnraum in den Städten, Leerstand im ländlichen Raum.....	9
35. Sitzung des Sächsischen Landtags Aus der Krise in die Zukunft Sachsen soll an vielen Stellen digitaler werden.....	10
35. Sitzung des Sächsischen Landtags Abschiebung oder Anerkennung? Fraktionen bewerten Umgang mit Migranten äußerst unterschiedlich.....	11

PARLAMENT

Die Landarztquote Anreize beim Hochschulzugang sollen Ärztmangel abmildern.....	12
Laufende Gesetzgebung	13

AKTUELLES

Der schwebende Gärtner	14
Europäischer Krieg und deutsches Trauma Ausstellung thematisiert den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen für Europa.....	16
Gedruckte Demokratieggeschichte Landtagskurier informiert seit 30 Jahren über die Arbeit des sächsischen Parlaments.....	18

SONDERTHEMA

»Zu Camentz gieng der Land-Tag an« Der Kamenzer Landtag von 1621 als erste Oberlausitzer Ständeversammlung unter kursächsischer Herrschaft.....	20
--	----

GESCHICHTE

Erich Zeigner – Der umstrittene Krisenmanager von 1923 Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 3).....	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

// Titel: Abstimmung im Plenarsaal // Foto: S. Floss

Bildungsticket, Wetterextreme, Mietendeckel, Digitalisierung, Zuwanderung

// Abgeordnete auf dem Weg in
den Plenarsaal // Foto: O. Killig

// Die 34. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 21. Juli 2021 begann mit dem Bericht der Staatsregierung zur Corona-Lage in Sachsen. Daran schloss sich eine Aktuelle Debatte an, die die Einführung des Bildungstickets zum 1. August 2021 thematisierte. Eine weitere Debatte befasste sich mit den Folgen des Klimawandels. Am darauffolgenden Sitzungstag standen die Mietpreisentwicklung in den Städten, die Chancen der Digitalisierung sowie das Thema Asyl auf der Tagesordnung. //



// Schweigeminute für die Betroffenen des Hochwassers in Deutschland // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Verantwortung für das Ganze

Staatsregierung will Impfangebote ausweiten

// Aus aktuellem Anlass begann die 34. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags mit einer Schweigeminute für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in mehreren deutschen Bundesländern. Anschließend berichtete die Sächsische Staatsregierung über den Stand der Corona-Pandemie. //

sich durch die Aussetzung der Maskenpflicht seit der vergangenen Woche verstärkt. Die Maßnahme komme im Hinblick auf die vergleichsweise niedrige Impfquote in Sachsen und die sich ausbreitende Delta-Variante des Coronavirus viel zu zeitig.

Weiteren Lockdown vermeiden

Mehr Chancen als Risiken

Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, versicherte, dass die Staatsregierung intensiv daran arbeite, die Impfbereitschaft zu erhöhen. Man wolle alles unternehmen, um einen weiteren Lockdown zu vermeiden. Innenminister Roland Wöller, CDU, würdigte den Einsatz von Ärzten, Pflegekräften, Forschern, Logistikern und anderen Berufsgruppen in der Corona-Pandemie. Ebenso dankte er jenen 520 Landesbediensteten, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten im Gesundheitsdienst ausgeholfen hätten.

Alexander Dierks, CDU, forderte die AfD dazu auf, ihrer parlamentarischen Verantwortung nachzukommen und nicht weiter die Pandemiebekämpfung zu gefährden. Man habe sich in den letzten Monaten ein Stück Normalität zurückgeholt, müsse aber weiterhin vorsichtig bleiben. Deshalb sei es richtig, umfassend für eine Impfung zu werben. Letztlich berge zwar jede Schutzimpfung auch ein Restrisiko, dies sei aber hundertfach geringer als möglicherweise eine schwere Corona-Erkrankung.

Wachstum nach der Krise

An den Erfahrungen der Corona-Krise könne man wachsen, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Besonders am Herzen liege seiner Fraktion eine Wiederbelebung der Innenstädte. Darüber hinaus investiere man langfristig in den Klimaschutz, wenn die Einnahmeverluste der sächsischen Verkehrsgesellschaften voll ausgeglichen würden. Regionale Produktionskreisläufe und eine sächsische Kreislaufwirtschaft minderten die Abhängigkeit von globalen Lieferketten.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Jörg Urban, warf der Staatsregierung mangelnde Vorbereitung und fehlerhaftes Management in der Corona-Pandemie vor. So habe sie zu spät notwendige Ausrüstung besorgt und Alten- und Pflegeheime nicht ausreichend geschützt. Impfen stelle in erster Linie einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit dar, es sei mit einigen Risiken verbunden. Währenddessen sinke aufgrund von Virusmutationen gegenwärtig die Wirksamkeit der Immunisierung.

Viele Menschen würden die Gefahr, zu erkranken oder sogar zu versterben, nicht mehr ernst genug nehmen, konstatierte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Dieser Eindruck habe



// Martin Dulig

Impfen sei und bleibe gegenwärtig die höchste Priorität, befand Simone Lang, SPD. Jeder Sachse könne sich selbst vor einer Infektion schützen und dazu beitragen, eine vierte Welle im Herbst zu verhindern. Damit würde man nicht nur sich selbst, sondern insbesondere auch Kinder und erkrankte ältere Menschen schützen. Lockerungsdiskussionen seien zum jetzigen Zeitpunkt völlig fehl am Platz. Es bedürfe zunächst für den Herbst eines funktionierenden Plans.



34. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Freie Fahrt für das Bildungsticket

Chance für den ländlichen Raum und den öffentlichen Nahverkehr

// In der ersten Aktuellen Debatte am 21. Juli 2021 befasste sich der Sächsische Landtag mit einem Antrag der SPD-Fraktion zum Thema: »Für Schule, Freizeit und Wochenende – endlich kommt das Bildungsticket«. Das Angebot wird ab 1. August in Sachsen eingeführt. Es verschafft Kindern und Jugendlichen eine günstige Möglichkeit, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. //

Enorme Kraftanstrengung

Henning Homann, SPD, betonte, das Bildungsticket ermögliche Kindern und Jugendlichen einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung, unabhängig davon, wo sie wohnen oder wie viel ihre Eltern verdienen. Es sei gleichzeitig ein weiterer Baustein für die Mobilitätswende, wenn es gelinge, auf diese Weise junge Menschen für den Nahverkehr zu begeistern. Das Angebot schenke ihnen zusätzliche Freiheit, ermögliche Selbstständigkeit und entlaste ihre Familien finanziell und organisatorisch.

Andreas Nowak, CDU, stimmte den Worten seines Vorredners zu, auch für ihn sei das Bildungsticket ein richtiges und wichtiges Projekt. Es mache junge Menschen mobiler und erleichtere ihnen den Einstieg in den ÖPNV. Es würden aber auch genügend Busse benötigt, um das Potenzial des Bildungstickets vollumfänglich ausschöpfen zu können, vor allem im ländlichen Raum. Deshalb gehöre es zu einem wichtigen Anliegen, das PlusBus- und TaktBus-Netz weiter auszubauen.

Alte Strecken reaktivieren

Ein Lobgesang auf das Bildungsticket käme bei aller Sympathie noch zu früh, so Tobias Keller, AfD. Das Beförderungsangebot sei gerade in ländlichen Gemeinden viel zu dünn. Manche Orte seien für einen Anschluss per se ausgeschlossen. Aber auch Probleme mit langen Fahrtzeiten oder fehlenden Direktverbindungen gehörten zu Defiziten, die schnellstmöglich behoben werden müssten. Es führe kein Weg daran vorbei, verschiedene Bahnstrecken zu reaktivieren.

Man freue sich darüber, dass es das Bildungsticket nun endlich in Sachsen gebe, so Marco Böhme, DIE LINKE. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe man immer wieder Debatten angestoßen, um die Koalition an ihr eigenes Versprechen zu erinnern. Unbefriedigend sei hingegen, dass Auszubildende nicht in den Tarif aufgenommen worden seien. Sie müssten für die Nutzung von Bussen und Bahnen vielmehr ein deutlich teureres AzubiTicket erwerben.

Beitrag zur Mobilitätswende

Viele Gebiete in Sachsen seien beim ÖPNV unzureichend erschlossen, betonte Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Kultur- und Freizeitangebote könnten so nur unter erschwerten Bedingungen oder mit dem Auto erreicht werden. Die Koalition arbeite daher an einer besseren Anbindung des ländlichen Raumes. Mit dem Ausbau des Plus- und TaktBus-Verkehrs und der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wolle man die Kommunen in den unterversorgten Gebieten möglichst im Stundentakt anbinden.

Um das Angebot im öffentlichen Nahverkehr auszubauen, stelle die Staatsregierung über das Landesinvestitionsprogramm 130 Millionen Euro zur Verfügung, so Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD. Zu den Schwerpunkten gehöre die Omnibusförderung und die Förderung neuer Straßenbahn- und Stadtbahnfahrzeuge. Daneben stelle man den zuständigen kommunalen Aufgabenträgern jährlich über 22 Millionen Euro für den Aufbau eines Busgrundnetzes zur Verfügung.



www.landtag.sachsen.de



34. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Lars Rohwer



// Jörg Urban



// Antonia Mertsching



// Volkmar Zschocke



// Volkmar Winkler // Fotos: S. Floss

Katja Ciesluk

Klimaschutz fortführen

Wetterextreme häufen sich, Politik diskutiert Maßnahmen

// Die zweite Aktuelle Debatte der 34. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 21. Juli 2021, beantragt von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE, widmete sich dem Thema »Zwischen Trockenheit und Überschwemmungen – Auswirkungen des Klimawandels konkret und vor Ort begegnen«. Die Debatte stand unter dem Eindruck der schweren Unwetter in Deutschland wenige Tage zuvor. (siehe Hintergrund auf Seite 8) //

BÜNDNISGRÜNE: Jetzt gemeinsam handeln

Die globalen und lokalen Wetterextreme dieses Sommers unterstrichen, wie dringend die Debatte sei, betonte Volkmar Zschocke, BÜNDNISGRÜNE. Es sei respektvoll gegenüber den Opfern der jüngsten Unwetter, darüber zu reden, wie den Auswirkungen des Klimawandels vor Ort noch besser begegnet werden könne. Man müsse sich besser vorbereiten, um Leben

und Gesundheit zu schützen, Wasserversorgung und lebensnotwendige Infrastruktur zu sichern sowie Land- und Forstwirtschaft, aber auch die Siedlungsgebiete anzupassen. Sachsen habe seit 2002 bereits 3,6 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert, lobte Zschocke. Er forderte, jetzt gemeinsam und ohne Schuldzuweisungen zu handeln. Es brauche gebiets- und ressortübergreifendes Agieren, um die komplexen und schwierigen

Aufgaben zu lösen. Alle Anstrengungen scheiterten jedoch, wenn nicht zugleich alles getan werde, um die Ursachen der Klimakrise in den Griff zu bekommen.

CDU: Mit Wasserknappheit umgehen

Sachsen habe bereits viel im Hochwasserschutz getan und tue dies nach wie vor, pflichtete Lars Rohwer, CDU, seinem Vor-

redner bei. Hochwasservorsorge sei wichtiger denn je, da sich Extremwetterlagen derzeit immer wieder häuften. Vorantreiben müsse man zudem die weitere Sanierung der teilweise hundert Jahre alten Abwasserkanäle. Bisher gebe es in Deutschland keinen flächendeckenden Mangel an Wasser, es sei aber regional höchst unterschiedlich verfügbar. Man müsse lernen, mit Wasserknappheit umzugehen, verdeutlichte der Abgeordnete in seiner Rede. Die Industrie könne nicht weiter Trinkwasser für betriebliche Abläufe verwenden und es brauche Wasserspeicher für die Vorsorge. Die Wiederverwendung von Wasser gelte es immer mit zu bedenken. Diese

fordere man von der Industrie. Jeder könne dies aber auch bei sich zu Hause, im Privaten umsetzen.

AfD: Keine Zukunftsangst verbreiten

Jörg Urban, AfD, warf den BÜNDNISGRÜNEN vor, Zukunftsangst zu verbreiten. Wetterextreme wie Überschwemmungen oder Dürren habe es schon immer gegeben und werde es auch künftig geben. Regierung und öffentlich-rechtlicher Rundfunk versuchten, jedes größere Wetterereignis dem Klimawandel in die Schuhe zu schieben, obwohl man wisse, dass sich das Klima schon immer gewandelt habe und immer wandeln werde. Vielmehr hänge es in erster Linie vom Katastrophenschutz ab, ob eine Überschwemmung zur menschlichen Tragödie werde. Viele hätten jüngst keine Chance gehabt, da die Warnungen bei den örtlichen Entscheidungen zu spät oder gar nicht angekommen und Anwohner nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden seien, kritisierte Urban. Der Schutz der

Bevölkerung gehöre zu den Aufgaben des Staates. Das Nicht-vorbereitet-Sein auf erwartbare und angekündigte Katastrophen scheine zum Markenzeichen deutscher Politik zu werden.

DIE LINKE: Versiegelung reduzieren

Antonia Mertsching, DIE LINKE, lenkte den Blick auf die hohe Flächenversiegelung, die den Wasserhaushalt beeinträchtigt und sich auf den Klimawandel auswirke. Sachsen verbaue täglich 4,3 Hektar Fläche. Gründe seien vor allem das stetige Wachstum von Verkehrsflächen und die intensive Bautätigkeit. Sie vermisse eine Strategie, um das Ausmaß der Versiegelung in Sachsen zu reduzieren, obwohl der Freistaat sich bereits im Jahr 2009 das Ziel gesetzt habe, maximal 2 Hektar pro Tag zu verbrauchen. Die Zunahme der versiegelten Fläche führe zu einer Zersiedelung der Landschaft und einem enormen Rohstoffverbrauch. Zudem verschlechtere sich die Versickerung und damit steige die Hochwassergefahr



// Dr. Daniel Gerber und Volkmar Zschocke

bei Starkregenereignissen. Es brauche effiziente Siedlungsstrukturen sowie eine Stärkung des ökologischen Hochwasserschutzes. Und schließlich, sagte Mertsching zum Schluss ihres Beitrages, solle der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden.

nachgedacht werden. Eine der jetzt wichtigsten Aufgaben sei es, das Für und Wider einer Pflichtversicherung für Elementarschäden zu diskutieren.

Staatsregierung: Konsequente Klimaschutzpolitik

Nachdem Sachsen bei den Jahrhunderthochwassern viel Solidarität erfahren habe, sei er dankbar, dass jetzt der Freistaat den betroffenen Ländern helfe, hob Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, BÜNDNISGRÜNE, an. Die beste Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels liefere eine konsequente Klimaschutzpolitik. Daran arbeite die Koalitionsregierung, betonte Günther mit Verweis auf das beschlossene Energie- und Klimaprogramm. Dieses lege bestimmte Dinge auf wissenschaftlich fundierter Grundlage anhand gemessener Resultate dar. Seit dem 19. Juli 2021 tage zudem eine innerministerielle Arbeitsgruppe, die konkrete Maßnahmenpläne erarbeite und aufzeige, wie in allen Sektoren der Klimaschutz ernst genommen werde und Energiesysteme umgewandelt werden könnten. Sachsen sei auf einem guten Weg; es liege aber auch noch viel Arbeit vor uns.

SPD: Pflichtversicherung diskutieren

Der menschengemachte Klimawandel werde dafür sorgen, dass diese Extreme an Intensität und Häufigkeit zunehmen, sagte Volkmar Winkler, SPD. Nach Soforthilfe für die betroffenen Gebiete müsse man an verstärkten Maßnahmen für Klimaschutz und Klimawandelanpassung arbeiten und der Natur mehr Raum geben. Beim Hochwasserschutz habe Sachsen aus den vergangenen Katastrophen gelernt. Dennoch gehe es darum, nicht nur auf den technischen Hochwasserschutz zu setzen. Mit Blick auf Schäden und fiskalische Auswirkungen bedürfe es keiner Abwägung zwischen Wirtschaft und Klimaschutz. Der von der Koalition vorausschauend aufgelegte Klimafonds könne ein Anfang sein, es sollte aber auch über größere Lösungen wie einen Investitionsfonds oder die Lockerung der Schuldenbremse

»Genau dieser Zweiteilung von Klimawandel und der Zunahme von Wetterextremen müssen wir uns im Freistaat Sachsen stellen.«

34. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Wolfram Günther



Hintergrundinformationen zum Hochwasser in Sachsen

// Kirmitschflut am 18. Juli 2021 in Bad Schandau // Foto: M. Förster

// Nicht erst seit den jüngsten Geschehnissen zeigt sich, dass es in Deutschland immer wieder zu Hochwassersituationen kommt. Sachsen bleibt von diesen gefährlichen Wetterlagen nicht verschont. Sie bringen Folgen für Menschen und Umwelt und auch für die Wirtschaft mit sich. //

Hochwasser 2021

Deutschland musste Mitte Juli mit starken Unwettern kämpfen. Besonders in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, aber auch in Bayern und Sachsen richteten Starkregen, Hochwasser und Sturzfluten immensen Schaden an. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes fielen innerhalb von 72 Stunden bis zu 182,4 Liter Niederschlag pro Quadratmeter. Dem bisherigen Erkenntnisstand zufolge kamen dabei 181 Menschen ums Leben, weitere Personen werden noch vermisst.

In Ostsachsen gingen ebenfalls extreme Regenfälle nieder und verursachten Überschwemmungen und Erdrutsche. Die Unwetter zogen Straßen, Eisenbahngleise, Brücken und Gebäude in Mitleidenschaft. Auch im Lausitzer Bergland und im Zittauer Gebirge sowie in Hohen-

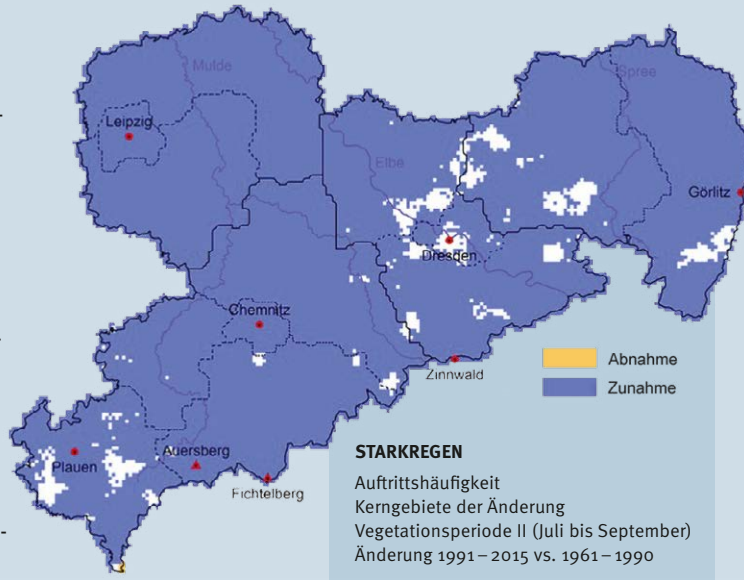
stein-Ernstthal gab es heftigen Starkregen. In Steinbach bei Jöhstadt im Erzgebirgskreis wurde beispielsweise ein Mann von einer Sturzflut weggerissen. In einzelnen Lagen ergossen sich 130 Liter Regenwasser pro Quadratmeter binnen 24 Stunden. Das sächsische Jahresmittel liegt bei 500 bis 700 Litern.

Langfristige Entwicklungen

Extremes Hochwasser hat in Sachsen bereits in den vergangenen Jahren immer wieder großen Schaden angerichtet. In Erinnerung ist vor allem die Jahrhundertflut von 2002 geblieben, als Flüsse wie die Zschopau, Flöha, Freiburger Mulde oder Weißeritz binnen Stunden auf das Vielfache ihrer sonstigen Größe anschwellen. Die Elbe erreichte in Dresden am 17. August 2002 einen Pegel von 9,40 Metern.

Die Häufung von Extremwetterlagen in Sachsen lässt sich anhand der erhobenen Klimadaten nachvollziehen. Auf etwa 70 Prozent der Fläche Sachsens hat Starkregen in den vergangenen 30 Jahren zugenommen. Besonders deutlich erhöhten sich die Zuwächse in den Sommermonaten, also in der Zeit von Juli bis September. Die Daten machen zudem deutlich, dass die kräftigen Niederschläge sich häufiger mit trockeneren Jahresabschnitten abwechselten.

An Wetterextremen wie Starkregen oder ausgeprägten Trockenperioden sowie einer zunehmend angespannten Wasserbilanz zeigen sich die Folgen des Klimawandels auch in Sachsen. Die Veränderungen stellen nicht nur eine Bedrohung für Menschen und ihre Umwelt dar, sie bringen auch enormen volkswirtschaftlichen Schaden mit sich. Für die Landwirtschaft sind die Unwetter verheerend, weil ihr dann massive Ernteschäden drohen.



Quelle: Regionales Klimainformationssystem für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Wohnungsmarkt unter Stress

Knapper Wohnraum in den Städten, Leerstand im ländlichen Raum

// DIE LINKE beantragte in der 35. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 22. Juli 2021 eine Debatte zum Thema »Bezahlbare Mieten in Stadt und Land statt Ausverkauf – Mieten deckeln, mehr sozial bauen, Wohnraum in kommunaler Hand sichern!«. Besonders in den sächsischen Großstädten steigen die Mieten seit Jahren stark an. //

Regulierend eingreifen

Privatisierungen seien falsch und anachronistisch, machte Juliane Nagel, DIE LINKE, zu Beginn der Debatte deutlich. Dennoch setze sich dieser Trend in einigen Städten Sachsens fort. Die Gründe lägen in der Verschuldung der Kommunen, dem wachsenden Leerstand und zunehmenden Sanierungsstau. In Dresden oder Leipzig dürfe man die angespannten Wohnungsmärkte nicht sich selbst oder den Besserverdienenden überlassen. Wohnungspolitik müsse vielmehr bedarfsgerecht gestaltet werden.

Laut Oliver Fritzsche, CDU, stelle sich die Wohnungssituation in Sachsen regional äußerst unterschiedlich dar. Im ländlichen Raum verzeichne man eine Leerstandsquote von 14,3 Prozent, in den Großstädten Dresden, Chemnitz und Leipzig hingegen von 5 Prozent. Trotz durchaus moderater Mietsteigerungen in den vergangenen Jahren müsse man fragen, wie bei den momentanen Bau- und Sanierungskosten eine Miete, die im ländlichen Raum teilweise unter 5 Euro pro Quadratmeter liege, noch bestandserhaltend sein könne.

Sanierungen teilweise unwirtschaftlich

André Barth, AfD, hob hervor, dass laut dem Sächsischen Wohnungsverband keine Wohnungsknappheit bestehe. Weder in Dresden noch in Leipzig, geschweige denn im ländlichen Raum gebe es einen angespannten Wohnungsmarkt. Folglich sei auch genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Für viele kleine Wohnungseigentümer gestalte es sich indes problematisch, die geforderten energetischen Sanierungen durchzuführen. Diese würden sich trotz der Fördermöglichkeiten als unwirtschaftlich darstellen.

Für die Fraktion BÜNDNISGRÜNE ergriff Thomas Löser das Wort. Er wies darauf hin, dass im aktuellen Landeshaushalt jährlich rund 74 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau und weitere 70 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung stünden. Die Mietsituation auf dem Lande sei jedoch deutlich entspannter als in den Städten. So müsse man etwa in Dresden durchschnittlich 32 Prozent des Nettoeinkommens für eine Wohnung ausgeben.

Keine Trennung in Arm und Reich

Bis weit in die Mittelschicht hinein seien viele Familien auf Wohnungssuche, fänden aber in den sächsischen Städten keinen bezahlbaren Wohnraum, so Albrecht Pallas, SPD. Auf dem Rücken dieser Menschen nun die Strukturschwäche im ländlichen Raum lösen zu wollen, sei zynisch. Es gehe vielmehr um die Frage, ob es dort erschwingliche Wohnungen gebe, wo man leben und arbeiten wolle. Eine Stadt dürfe nicht in arme und reiche Stadtviertel gespalten werden.

Der Staatsminister für Regionalentwicklung Thomas Schmidt, CDU, betonte, im ländlichen Raum bestehe nicht etwa das Problem, keinen bezahlbaren Wohnraum zu finden, sondern den Wohnungsbestand auf hohem Niveau zu halten. Erfreulich sei, dass sich die Wanderungsbewegung zwischen Stadt und Land längst ausgeglichen habe oder sogar ins Positive kippe. Während die Menschen noch vor Jahren aus den ländlichen Gebieten weggezogen seien, werde dort heute das Bauland knapp.

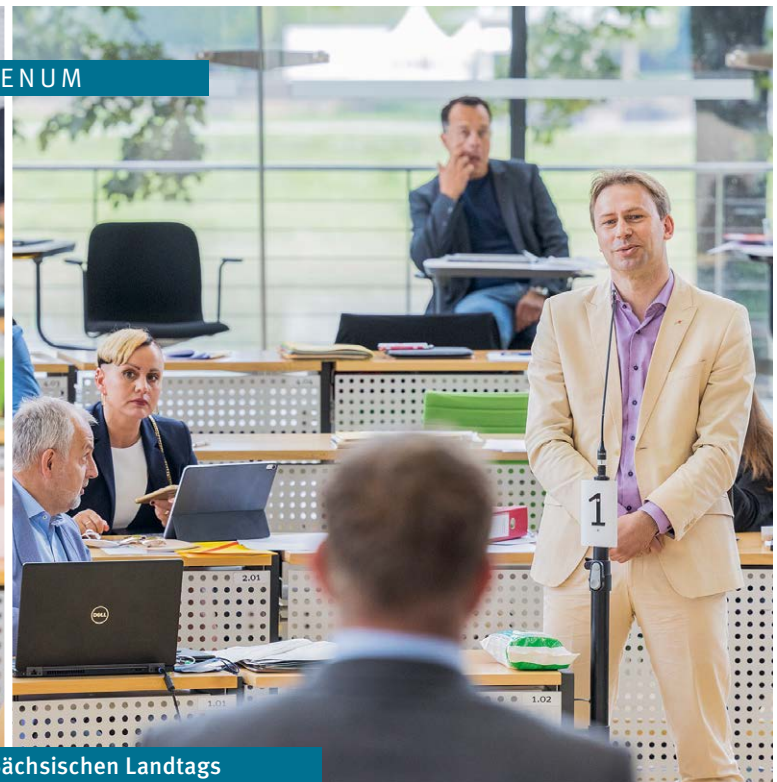


www.landtag.sachsen.de

35. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Juliane Nagel // Foto: O. Killig





35. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Lars Rohwer und Holger Mann am Mikrophon // Fotos: O. Killig

Aus der Krise in die Zukunft

Sachsen soll an vielen Stellen digitaler werden

Dr. Daniel Thieme

// »Digitalisierung nach der Pandemie als zentralen Treiber für Gesellschaft und Wirtschaft verstehen!«, unter diesem Titel stand die zweite Aktuelle Debatte der 35. Sitzung am 22. Juli 2021. Der Antrag stammte von der CDU-Fraktion. //

Positiver Datenschutz

Die Corona-Pandemie habe in Deutschland die Digitalisierung kräftig angeschoben, so Lars Rohwer, CDU. Dieser Impuls sei längst überfällig gewesen. Handlungsbedarf gebe es in Unternehmen, Ämtern und Schulen. Zu den wichtigsten Voraussetzungen gehörten schnelles Internet, aber auch ein anwenderfreundlicher Datenschutz. Letzteren könne ein Gutachtensiegel ermöglichen, das sichere Programme datenschutzrechtlich zertifiziere. Bei künstlicher Intelligenz brauche es mehr Best-Practice-Beispiele.

Mario Beger, AfD, forderte, die Gesellschaft solle die Digitalisierung vorantreiben, ohne dass sie selbst zum Getriebenen werde. Nachdenklich mache ihn die Zahl jüngster Meldungen zu Hackerangriffen in Deutschland. Es bräuhete daher mehr IT-Experten, um sichere Netze zu schaffen. In den EU-Verordnungen zu den Themen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz finde man zwar viele gut klingende Regelungen, diese seien jedoch alle, in Wirklichkeit längst erlegte, Papiertiger.

Nicht der Wirtschaft überlassen

Nico Brünler, DIE LINKE, verwies ebenfalls auf die europäische Richtlinie. Darin gehe es unter anderem um die Frage, wer die Standards festlege und wie die Schnittstellen definiert würden. Man dürfe diese Aufgaben nicht den großen Digitalkonzernen überlassen, vielmehr sei dies ein Auftrag der Politik. In Sachsen habe die Corona-Pandemie gezeigt, dass der Freistaat schlecht vorbereitet gewesen sei. Beim Netzausbau oder bei digitalen Angeboten hinke man weit hinterher.

Die Debatte sei überfällig und müsse eigentlich regelmäßig geführt werden, hob Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE, hervor. Bei der Digitalisierung müssten alle Bevölkerungsschichten mitgenommen werden. Ebenso wichtig seien Change-Management-Prozesse in der Verwaltung, die eine gesunde Fehlerkultur erlaubten. Bei der IT-Sicherheit dürfe nicht gespart werden, Sicherheitslücken für Staatstrojaner solle es nicht geben. Wohin Nachlässigkeit in diesem Bereich führe, verdeutlichten aktuelle Vorfälle.

Bürgerfreundliche Angebote

Holger Mann, SPD, betonte, man müsse in Sachsen zunächst die technische Mindestausstattung schaffen, damit die Digitalisierung vorankomme. Zu den guten Beispielen gehörten die Fortschritte bei der Anwendung der sächsischen Geodaten-Infrastruktur oder des Open-Data-Portals. Wenn der Staat leistungsfähig bleiben wolle, brauche es zeitnah ein Angebot, über das jeder Bundesbürger sich an- und ummelden, die Trauung terminieren oder Geburtsurkunden bestellen könne.

Wenn Technik in neue gesellschaftliche Bereiche vorstoße, bedürfe es immer eines verantwortlichen ethischen Handlungsrahmens, so der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, Oliver Schenk, CDU. Daher sei es wichtig, für dieses Thema ein gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen. Vorteile bringe die Digitalisierung in vielen Bereichen, etwa im Gesundheitssektor. So könnten mit der elektronischen Patientenakte Daten in Echtzeit ausgetauscht und mögliche Vorerkrankungen rasch erfasst werden.

// Die dritte Aktuelle Debatte der 35. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags hatte die AfD-Fraktion zum Thema »Zuwanderung und Sicherheit – Wie geht es weiter?« beantragt. Nach statistischen Angaben nahm Sachsen im Jahr 2020 von 102581 registrierten Personen, die in Deutschland Asyl beehrten, 4912 auf. //



35. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// Sebastian Wippel // Fotos: O. Killig

Abschiebung oder Anerkennung?

Fraktionen bewerten Umgang mit Migranten äußerst unterschiedlich

Bedenkliche Lage

Carsten Hütter, AfD, verwies auf Zahlen aus dem Jahr 2016, nach denen Migranten in Deutschland insgesamt über 2 000 Straftaten verübt hätten. In vielen Fällen seien dafür junge Männer, eingereist ab dem Jahr 2015, verantwortlich gewesen. Vor allem in den Gemeinschaftsunterkünften gebe es ein hohes Gewaltniveau. Sebastian Wippel, AfD, fügte in einer zweiten Rednerrunde an, dass derzeit in Sachsen 14 700 vollziehbar ausreisepflichtige Personen lebten.

Rico Anton, CDU, hielt dagegen, mit dieser Debatte biete die AfD keinerlei Lösungsmöglichkeiten. Man müsse aber die Situation nun einmal so bewerten, wie sie sei. Es stelle

// Prof. Dr. Roland Wöller



sich beispielsweise die Frage, wie man mit Migranten umgehe, die nicht abgeschoben werden könnten, weil in ihren Herkunftsländern, wie beispielsweise Syrien, die Voraussetzungen fehlten. Um an der Situation etwas zu ändern, sollten endlich Asylzentren außerhalb der Europäischen Union entstehen.

Vielfältige Ursachen

Juliane Nagel, DIE LINKE, warf der AfD vor, sich an einer Schwarz-Weiß-Logik festzuhalten. In der Realität seien die Ursachen für den Zusammenhang von Migration und Kriminalität vielschichtig. Vielfach sei das Leben in Sammelunterkünften ein Problem, denn in diesem Bereich werde häufig Gewalt verübt. Daher müssten diese Unterbringungsmöglichkeiten abgeschafft werden. Bessere Perspektiven bräuchte es zudem in der Bildung und am Arbeitsmarkt.

Wenn man schon über Sicherheit rede, dann müsse man das Thema auf alle Menschen beziehen, warf Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, ein. Personen mit Migrationsbiografie erlebten Diskriminierung und Ausgrenzung. Das beginne mit kleinen Dingen, auch mit dummen Sprüchen und ende mitunter wie bei den rassistischen Vorfällen in Hanau, München und Halle. Straftaten ver-

hindere man nicht durch Ausschluss, sondern indem man die Menschen zum Teil der Gesellschaft mache.

Brücken bauen

Seine Partei nehme die Gefahren sehr ernst, so Albrecht Pallas, SPD. Man müsse frühzeitig erkennen, wenn sich Menschen radikalisierten. Auch sollte zunächst versucht werden, islamistische Gefährder in ihre Heimatländer zurückzubringen. Gelingen das nicht, müssten die Sicherheitsbehörden diese Personen im Blick behalten. Daher gebe es Brücken hin zur Zuwanderung, zum Beispiel über die Ausbildungs- und Arbeitsplatzduldung.

Für die Staatsregierung sprach am Ende der Debatte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöller, CDU. Nach seiner Einschätzung sei die geregelte Migration von Fachkräften entscheidend, damit die sächsische Wirtschaft ihren Erfolgsweg fortsetzen könne. Man wolle, dass diese Menschen und ihre Familien langfristig blieben. Damit aber den Betroffenen und ihren Angehörigen eine lange Hängepartie zwischen Asylantrag und Asylbescheid erspart bleibe, müssten Anerkennungs- und Ablehnungsverfahren dringend beschleunigt werden.

Die Landarztquote

Anreize beim Hochschulzugang sollen Ärztemangel abmildern

Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/ J. Büttner

Der Sächsische Landtag befasst sich aktuell mit gleich zwei Gesetzentwürfen zur Lösung des Ärztemangels auf dem Lande. Aus der Feder der Staatsregierung stammt das »Gesetz zur Stärkung der ärztlichen Versorgung im Freistaat Sachsen«; die AfD-Fraktion brachte das »Sächsische Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs« ein. Beide Gesetzentwürfe erörterten am 5. Juli 2021 Abgeordnete und Sachkundige in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus.

Bei einigen Unterschieden im Detail sehen beide Gesetzestexte gleichermaßen vor, bei der Auswahl der Studierenden eine Vorabquote für Landärzte einzusetzen. Medizinstudenten sollen sich demnach vertraglich verpflichten, im Anschluss an ihr Studium zehn Jahre auf dem Land zu arbeiten. Zugleich würden durch veränderte Auswahl-

// Schon seit einigen Jahren fehlt es dem Freistaat Sachsen an Ärzten im ländlichen Raum. Fast ebenso lange wird darüber diskutiert, wie es gelingen kann, angehende Medizinerinnen und Mediziner schon zu Beginn ihres Studiums zu verpflichten, später in unterversorgten Gebieten zu arbeiten. //

verfahren die Zugangshürden zum Medizinstudium für jene erleichtert, die statt exzellenter Abiturnoten zum Beispiel medizinische Berufserfahrung mitbringen. Bei Nichteinhalten der Verpflichtung sind Vertragsstrafen in Höhe von 250.000 Euro vorgesehen.

Ein herausragendes Abitur macht noch keinen Landarzt

Die meisten Sachkundigen befürworteten, die Zulassung zum Medizinstudium nicht nur über einen Numerus clausus zu regeln, sondern vielmehr auch auf die praktischen und sozialen Fähigkeiten von Studienbewerbern zu schauen. Auch der Vorschlag, die Zugangserleichterung mit einem Kontingent für zukünftige Landärzte zu verknüpfen, fand Zustimmung.

Aufgrund des hohen Bedarfes an ausgebildeten Medizinerinnen auf dem Lande sei dieses Mittel gerechtfertigt, so Anna Büscher von der Universität Bochum.

Mit Blick auf die vorgesehenen Vertragsstrafen zeigten die Anwesenden der öffentlichen Anhörung reichlich Gesprächsbedarf. So regte Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhl an, die Vertragsstrafe mit dem Studienabschluss zu verknüpfen und nicht mit der Approbation. Ein erheblicher Prozentsatz der Absolventen würde nämlich erst

Janina Wackernagel

gar keine Approbation anstreben. Sie könnten somit ihrer Verpflichtung zum Arbeiten auf dem Land straffrei entgehen. Andere Sachkundige, wie Sabine Giese von der Konferenz der Sächsischen Studierendenschaften, verwiesen auf die damit einhergehenden Grundrechtseingriffe. Die freie Lebensgestaltung sowie die Berufsfreiheit würden erheblich eingeschränkt, wenn am Ende des Medizinstudiums zwingend der Umzug aufs Land anstehe und womöglich auf dem Weg zum Facharzt die Wahl an Spezialisierungsmöglichkeiten begrenzt werde.

Eine weitere Frage befasste sich mit der Höhe der angelegten Vertragsstrafe. Der Betrag müsse durchaus empfindlich sein, um den Zweck der Quote zu erfüllen, fand der Allgemeinmediziner Christoph Lohmann. Statt eines festen Betrags könne sich die Summe etwa am Jahreseinkommen der verschiedenen Facharzt-richtungen orientieren.

ZUM NACHLESEN

Protokoll
Öffentliche
Anhörung



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Sächsisches Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs (Sächsisches Landarztgesetz – SächsLAG), 7/1941 AfD	Durch eine Vorabquote sollen Bewerber einen Medizinstudienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss für eine bestimmte Zeit in Regionen mit besonderem Bedarf zu arbeiten.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 5. Juli 2021
Gesetz zur Stärkung der ärztlichen Versorgung im Freistaat Sachsen, 7/6673 Staatsregierung	Um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, sieht der Gesetzentwurf eine Landarztquote für Humanmedizin in Sachsen vor.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 5. Juli 2021
Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an den Glücksspielstaatsvertrag 2021, 7/6895 Staatsregierung	Mit dem geänderten Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag sollen unter anderem der Spielerschutz und die Suchtprävention weiter gestärkt werden.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 24. Juni 2021
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Polizeibehördengesetzes, 7/6950 AfD	Die Gesetzesänderung zielt darauf ab, örtlich und zeitlich begrenzte Alkoholkonsumverbote in bestimmten öffentlichen Bereichen auszuweiten, bspw. im Umkreis von Schulen.	1. Beratung am 22. Juli 2021 und Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Erweiterung der sachunmittelbaren Demokratie im Freistaat Sachsen, 7/2702 AfD	Der Gesetzentwurf verfolgte das Ziel, dass bereits 0,5 Prozent aller Wahlberechtigten in Sachsen einen Volksantrag einreichen können. Für ein Volksbegehren sollte das erforderliche Quorum auf sieben Prozent gesenkt werden.	abgelehnt

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 22. Juli 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

Der schwebende Gärtner

In luftiger Höhe, zirka 12 Meter über der Erdoberfläche, kletterte Mitte Juni für einige Tage ein Gärtner am Landtagsgebäude. Der schwindelfreie Grünpfleger kümmerte sich um die beliebte Fassade des Landtagsaltbaus, der seit 25 Jahren von Wein berankt wird. Oberarmdick schauen die Rebstöcke aus dem Boden des Innenhofes. Ihre Triebe schlängeln sich wie ein fein verzweigtes Leitungsnetz bis unters Dach und klammern sich dabei am rauen Putz fest. Auf Fensteröffnungen oder Dachrinnen nehmen die wuchernden Pflanzen kaum Rücksicht. Würde man das Grün nicht regelmäßig zurückschneiden, wäre das Parlamentsgebäude wohl in wenigen Jahren völlig eingewachsen. Wichtig ist der Pflegeschnitt auch, damit Jalousien frei bleiben und durch die Fenster genügend Licht einfällt. Übrigens sorgen die unzähligen Laubblätter nicht nur für Arbeit, sie spenden auch Schatten und halten die Räume damit im Sommer etwas kühler. Sowohl die Abgeordneten als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Büroaußenseite berankt ist, wissen den Vorteil der natürlichen Isolierung zu schätzen.

Fotos: Landtag



Ausdruck von Macht und Mahnung zum Frieden

// Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden thematisieren die Rolle der Kunst während des Dreißigjährigen Krieges in Sachsen und Mitteleuropa. Die ausgestellten Gemälde, Skulpturen und Waffen legen Zeugnis über eine Epoche voller Leid, Gewalt und Zerstörung ab. //

// Themenbereich der
Sonderausstellung
»BELLUM ET ARTES«
Foto: O. Killig



// Im Beisein von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner öffnete am 7. Juli 2021 die Ausstellung »BELLUM ET ARTES. Sachsen und Mitteleuropa im Dreißigjährigen Krieg«. Es ist die erste Sonderschau der Staatlichen Kunstsammlungen seit der coronabedingten Schließung im Herbst 2020. //

Redaktion

Europäischer Krieg und

Ausstellung thematisiert den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen für Europa

Fast jedes Kind kennt den Prager Fenstersturz, jenes Ereignis des Jahres 1618, als böhmische Aufständische zwei kaiserliche Räte aus der Prager Burg warfen. Die Aktion verfehlte ihre Wirkung nicht, denn in der Folge entspann sich ein Krieg von 30-jähriger Dauer. Nach und nach dehnte er sich auf weite Teile Europas aus und brachte unfassbares Leid für die Bevölkerung mit sich. Heute gehört diese Zeit zu den dramatischsten Epochen in der Geschichte unseres Kontinents.

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) widmen dem drei Jahrzehnte andauernden Krieg seit Anfang Juli eine Sonderschau im Residenzschloss Dresden. Die Ausstellung verdeutlicht das Geschehen anhand von etwa 150 Exponaten aus dem Bestand der SKD, ergänzt durch zahlreiche Leihgaben. Sie entwirft anhand von fünf Themenbereichen ein umfassendes Bild von der Rolle der Kunst während des Krieges, vor allem in Sachsen.



Zurück im öffentlichen Leben

Die Vorbereitungen verlangten den Organisatoren reichlich Mühe und Geduld ab. Unter den erschwerten Umständen der Corona-Pandemie mussten sie recherchieren, forschen und aufbauen. Der erste Eröffnungstermin fiel dann zunächst den unsicheren Gegebenheiten zum Opfer und wurde verschoben. Umso größer war die Freude, als sich am 7. Juli endlich der Vorhang hob. In seiner Ansprache dankte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner dem Direktor des Grünen Gewölbes, Prof. Dr. Dirk Syndram, und seinem Team: »Mit der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges greifen Sie ein durchaus

anspruchsvolles und vielschichtiges Thema auf. Wir kennen die Kunst vor allem als eine Zeugin großer Blütezeiten, des Wohlstands und des Friedens. Sie kann aber auch eine Chronistin von Krisen und Kriegen, von Leid, Gewalt, Tod und Zerstörung sein.« Im Hinblick auf die Auftaktveranstaltung fügte er hinzu, dass Kunst und Kultur jetzt wieder an ihren ursprünglichen Platz, in die Mitte des öffentlichen Lebens, zurückkehren würden. Es sei an der Zeit, den Meisterstücken der sächsischen Geschichte aufs Neue gegenüberzutreten.

Die Ausstellung in der Fürstengalerie des Dresdner Residenzschlosses beginnt für den Besucher im Grunde genommen auf dem Kriegsschauplatz selbst. So zeigen Feldharnische, Pistolen und guss-



Fotos: O. Killig

AUSSTELLUNG

»BELLUM ET ARTES.
Sachsen und Mitteleuropa
im Dreißigjährigen Krieg«

Residenzschloss Dresden
Taschenberg 2
01067 Dresden

Laufzeit:
bis zum 4. Oktober 2021

täglich geöffnet
von 10 bis 17 Uhr,
Dienstag geschlossen

deutsches Trauma



eiserne Handgranaten sehr selten erhaltene Kriegsgeräte der damaligen Zeit. Wichtige Schlachten, darunter die am Weißen Berg 1620, wurden akribisch genau in Bildern festgehalten.

Ein weiterer Bereich führt an eine opulente Tafel, an der die Hauptakteure des Krieges vorgestellt werden, darunter der sächsische Kurfürst Johann Georg I., der Habsburger Kaiser Ferdinand II. sowie der schwedische König Gustav II. Adolf. Trotz des Krieges gaben sie weiterhin hohe Summen für die Kunst aus.

Der dritte Abschnitt in der Fürstengalerie befasst sich mit Beutekunst. Gezeigt wird eine Auswahl hochkarätiger Stücke aus unterschiedlichen fürstlichen Sammlungen. Dabei wird auch die Frage

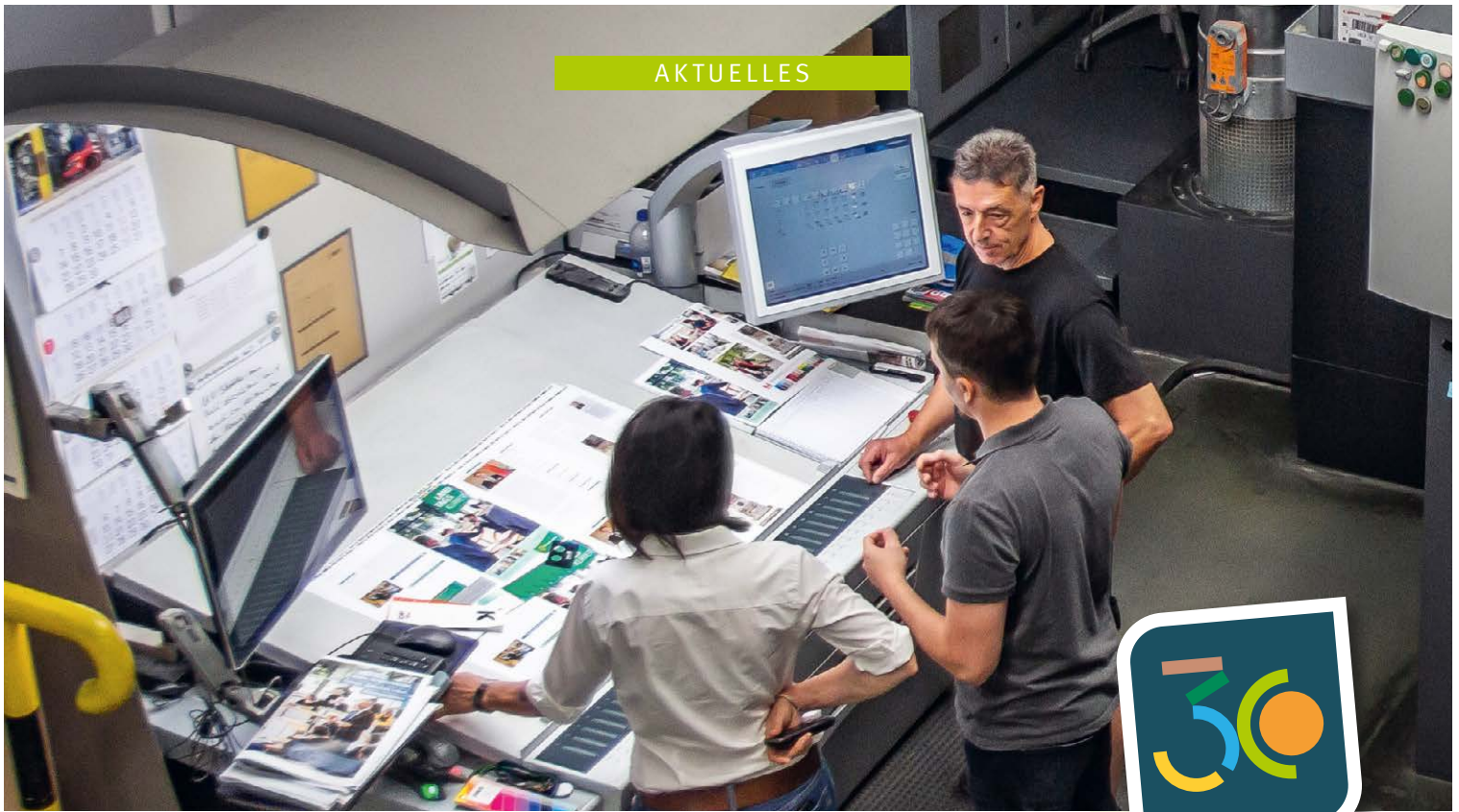
aufgeworfen, welchen Einfluss diese Plünderungen auf den europäischen Kulturtransfer hatten. In interaktiven Medienstationen lassen sich die Wege der erbeuteten Kunstwerke nachverfolgen.

Neben der Fürstengalerie erstreckt sich die Ausstellung auf weitere Bereiche im Dresdner Residenzschloss. Der Sponselraum des Neuen Grünen Gewölbes beinhaltet persönliche Gegenstände des Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen, während im Studiolo im Georgenbau wichtige Archivalien und Verträge vorgestellt werden. Darüber hinaus können in der ständigen Präsentation des Grünen Gewölbes und der Rüstkammer zahlreiche weitere Werke entdeckt werden.

Europäische Zusammenarbeit

Begleitend zur Ausstellung haben die Staatlichen Kunstsammlungen eine Kooperation mit elf namhaften Museen und Forschungsinstitutionen aufgelegt. Sie wollen so ein europäisches Gesamtbild des Dreißigjährigen Krieges zeichnen. Von 2021 bis 2025 ist unter Federführung des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europa in Leipzig eine Reihe von Ausstellungen, Tagungen und Workshops geplant.

Der Europäische Gedanke ist auch dem Landtagspräsidenten ein Herzensanliegen. Am Ende seiner Rede betonte er: »Heute, über 400 Jahre nach dem Prager Fenstersturz, bilden nicht mehr Zwang und Gewalt, sondern Freiheit und Frieden die Grundwerte Europas. Deutschland ist ein Stützpfeiler des europäischen Hauses geworden.«



// Druckabnahme des Landtagskuriers // Foto: Ö GRAFIK, sp



Redaktion

Gedruckte Demokratiegeschichte

Landtagskurier informiert seit 30 Jahren über die Arbeit des sächsischen Parlaments

Für die kommende Ausgabe des Landtagskuriers, die als Jubiläumsheft erscheint, hat die Redaktion eine große Menge an Fakten und Zahlen zusammengetragen. Sie ist außerdem zu einer Zeitreise aufgebrochen, hat die besten Beiträge aus drei Jahrzehnten aufgespürt und gibt bisher unbekannte Einblicke in die Entstehung des Heftes.

30 Debatten aus 30 Jahren

Doch der Reihe nach: Im März 1991, sechs Monate nach der Konstituierung des ersten Sächsischen Landtags kam die erste Ausgabe aus der Druckmaschine. Die Hefte des ersten Jahrgangs umfassten jeweils acht Seiten, gedruckt in Schwarz-Weiß auf dünnem

// Knapp 250 Mal erschien der Landtagskurier seit seinem Start im Jahr 1991. Jede einzelne Ausgabe steht für ein Stück Parlamentsgeschichte in Sachsen. Aus Anlass des runden Jubiläums erscheint im September ein einmaliges Sonderheft. //

Zeitungspapier. Um Platz zu sparen, begannen die Artikel bereits auf der Titelseite, Fotos hatten noch Seltenheitswert. Später passte sich der Landtagskurier dem Zeitgeschmack und den technischen Möglichkeiten an und erschien ab 1999 in Farbe, angereichert mit zahlreichen Fotos und mit mehr als doppelt so vielen Seiten. So ist über die Jahre aus einer einfachen Zeitung eine ansprechende Broschüre erwachsen.

Neben den Äußerlichkeiten gab es in 30 Jahren eine ganze Menge Inhaltliches zu erzählen. Die Jubiläumsausgabe blickt auf 30 wichtige Debatten seit 1991 zurück. Jede Zeit kannte

ihre eigenen Themen und Schwerpunkte. Das Archiv des Landtagskuriers ist in dieser Hinsicht gedruckte Demokratiegeschichte in Sachsen.

Wie entsteht ein Landtagskurier?

Das kommende Sonderheft wirft zudem einen Blick auf eine Auswahl von Beiträgen, die ausschließlich für den Landtagskurier entstanden. Dazu gehören unter anderem die Reportageserie »Ein Tag mit ...« über den Alltag von Abgeordneten, Artikel zu Sonderthemen sowie die Geschichtsreihe. Der Redak-

tion fiel es dabei keineswegs leicht, aus mehreren Hundert Beiträgen die besten herauszugreifen.

Um nicht nur im Gestern zu verharren, zeigt das Sonderheft auch Einblicke in den Redaktionsalltag von heute. Wie findet ein Beitrag seinen Weg ins Heft? Wer kümmert sich um Bilder, Texte und Gestaltung? Welche Aufgaben hat die Redaktionskonferenz? Um eine Antwort auf diese Fragen zu geben, ließ sich die Redaktion über die Schulter schauen.



Alle Abonnenten erhalten die Sonderausgabe wie gewohnt zugestellt. Darüber hinaus kann sie beim Publikationsservice des Sächsischen Landtags bestellt werden.

Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de

Zeitzeugnis einer Huldigung



// Am 12. Juli 1621 berief Johann Georg I. von Sachsen seinen ersten Oberlausitzer Landtag nach Kamenz ein. An die enge Beziehung der Kamenzener zum Kurfürsten erinnert bis heute ein kostbares Epitaph. //

// Epitaph für Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Martin Georg Kasper Haberkorn im Auftrag des Kamenzener Rats, um 1658, Öl, Holz, farbig gefasst // © Städtische Sammlungen Kamenz / Dietmar Träupmann (Augustusburg)

Dr. Jan Bergmann-Ahlsweide und Norbert Portmann

»Zu Camentz gieng der Land-Tag an«



Der Kamenzer Landtag von 1621 als erste Oberlausitzer Ständeversammlung unter kursächsischer Herrschaft

// Im Juli 1621, mithin vor nunmehr genau vierhundert Jahren, berief der sächsische Kurfürst Johann Georg I. (1585–1656) einen Landtag in die Oberlausitzer Sechsstadt Kamenz ein. Dieser Vorgang war in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert und doch reiht er sich in eine Jahrhunderte währende Geschichte der Oberlausitzer Landtage ein. //

// Bautzen, Ortenburg, Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen // Foto: © SLUB / Deutsche Fotothek / Meister, ?

Der neue Herr der Oberlausitz

Der Kamenzer Landtag fällt in die Zeit der wohl nachhaltigsten Zäsur in der Oberlausitzer Geschichte – als das Land unter sächsische Herrschaft kam. In den Wirren der sog. Böhmisches Unruhen, die den Beginn des Dreißigjährigen Krieges markieren, hatten sich die Stände des Markgraftums Oberlausitz, bemüht um ihre verfassungsmäßige Eigenständigkeit im Verband der böhmischen Kronländer, der protestantischen Böhmisches Konföderation angeschlossen. Man unterstützte den »Winterkönig« Friedrich von der Pfalz (1596–1632) gegen die habsburgischen Ansprüche auf die Böhmisches Krone.

Nach längeren Verhandlungen konnte Kaiser Ferdinand II.

(1578–1637) im Sommer 1620 den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. verpflichten, als kaiserlicher Kommissar die abtrünnigen Lausitzen und Schlesiens zurück unter habsburgische Botmäßigkeit zu bringen. Die Oberlausitz hatte zu diesem Zeitpunkt einer eventuellen militärischen Invasion durch kursächsische Truppen nichts entgegenzusetzen. Und so empfingen sie den kursächsischen Abgesandten. Dies bedeutete jedoch eine Abkehr von der Linie des Konföderationsheeres, woraufhin dieses die Oberlausitzer Städte Bautzen, Görlitz, Lauban, Löbau und Zittau besetzte. Das militärisch aber deutlich stärkere kursächsische Heer rückte gegen Bautzen vor und belagerte die bald darauf brennende Stadt. Damit drohte der Oberlausitz, in einer

militärischen Auseinandersetzung zerrieben zu werden. Die Haltung der Stände war jedoch ambivalent. Während die genannten Städte und ein Teil des Adels königstreu blieben, unterwarfen sich die nicht besetzte Stadt Kamenz sowie die Ritterschaft der westlichen Oberlausitz dem Kurfürsten.

Bevor es aber zu einer Entscheidungsschlacht oder zur Spaltung des Landes kommen konnte, entschied sich die Herrschaftsfrage andernorts. In der Schlacht am Weißen Berg unterlagen im November 1620 die Truppen der Böhmisches Konföderation dem kaiserlichen Heer. Schließlich unterwarfen sich auch die verbliebenen Städte und Angehörigen des Adels und baten den sächsischen Kurfürsten um Pardon. Im Gegenzug für die Anerkennung

Ferdinands II. als rechtmäßigen böhmischen König versprach der Kurfürst, sich beim Kaiser für die Erhaltung der ständischen Privilegien und der Religionsfreiheit in der Oberlausitz einzusetzen.

Johann Georg I. lädt nach Kamenz

Auf dem angesetzten Landtag in Kamenz im Juli 1621 forderte der Kurfürst die Huldigung der Oberlausitzer Stände gegenüber dem Kaiser auf der einen und gegenüber ihm selbst als kaiserlichem Kommissar auf der anderen Seite. Damit wurde offensichtlich, dass Johann Georg I. eigene Pläne mit den Lausitzen verfolgte, die später mit der Verpfändung und schließlich der Übertragung der Lausitzen als

Erleben an den Kurfürsten Wirklichkeit wurden. Die Stände versuchten, die Doppelhuldigung noch abzuwenden, »da sie nicht wollten zweien Herren verpflichtet sein, was gegen alle Observanz und gegen ihr Gewissen sei«, fanden jedoch beim Kurfürsten kein Gehör.

Johann Georg I. hatte den Landtag nach Kamenz einberufen, da der Versammlungsort für die großen, landesherrlich ausgeschriebenen Ständeversammlungen der Oberlausitz, das Bautzener Schloss und die dortige Kanzlei, nach der Belagerung noch immer in Schutt und Asche lagen. Die frühe Unterwerfung der Stadt Kamenz im Vorjahr mag die Entscheidung ebenfalls befördert haben. Aber Kamenz bot auch allein schon durch seine Position auf der Landkarte für den Kurfürsten, der im Anschluss weiter in die Niederlausitz reiste, »naheliegende« Vorteile.

Der kaiserliche Kommissar Johann Georg I. erschien am 10. Juli 1621 mit seinem großen Gefolge in der Stadt und logierte für sechs Tage im Gasthaus Goldener Hirsch am Markt. Wie bei jedem Landtag üblich, wurde auch dieser am Folgetag durch einen Gottesdienst in der Kamener Hauptkirche St. Marien eröffnet, dem der Kurfürst in der Ratsloge, auf dem Sessel des Bürgermeisters sitzend, folgte. Die programmatische Predigt über 1. Petrus 2:17 »Tut Ehre jedermann, habt die Brüder lieb; Fürchtet Gott, ehret den König!« hielt der Oberhofprediger Matthias Hoë von Hoënegg (1580–1645).

Am 12. Juli folgte nun die Huldigung, zu der man sich im Kamener Rathaus versammelt hatte. Während der Kurfürst auf dem Thronstuhl Platz nahm, positionierte sich sein Gefolge rechts und die Ritterschaft links von ihm. Dem Thron gegenüber stehend, verlas der Präsident des Geheimen Rates, Caspar von Schönberg (1570–1629),

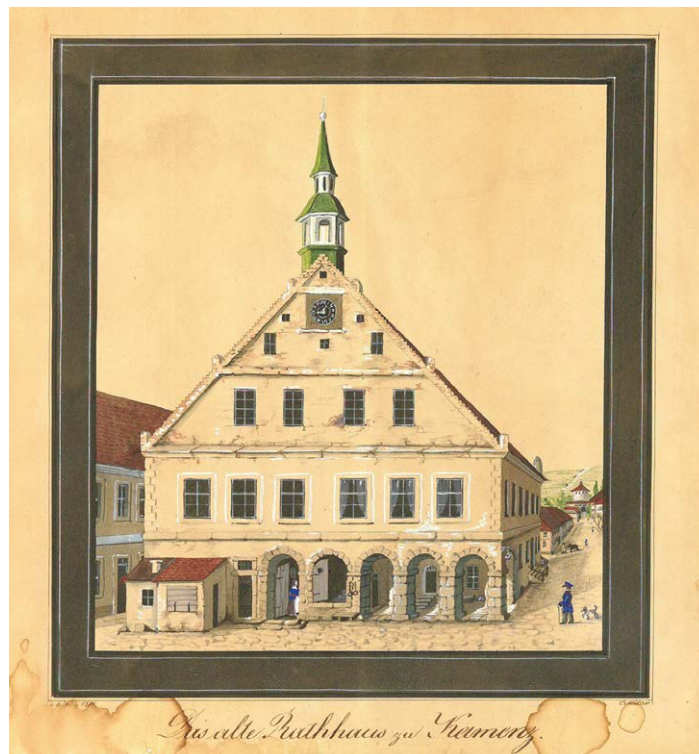
die Anrede. Anschließend leisteten die Stände nacheinander den Eid mit Handschlag – zuerst die Prälaten kniend, dann die Ritterschaft stehend und schließlich die Städtevertreter wieder kniend.

Die eigentlichen Landtagsverhandlungen fanden am Folgetag, dem 13. Juli 1621, statt. Man hatte dazu ein eigens dafür ausgestattetes Haus in der Stadt bezogen. Die kurfürstliche Proposition umfasste nur wenige Punkte und man konnte sich schnell zu ihnen positionieren.

Bedienung geliehener Kapitalien und dem Wiederaufbau des Bautzener Schlosses dienten, wurde verlängert bzw. bewilligt. Nur ein Punkt war bemerkenswert: Der Kurfürst äußerte seinen Wunsch, das Oberamt von Bautzen nach Kamenz zu verlegen. Damit stieß er jedoch auf den Widerstand der Stände, wäre dies doch einer Verlegung der Hauptstadt der Oberlausitz gleichgekommen. Dagegen wendeten die Stände ein, dass Kamenz vom Görlitzer Gebiet zu weit abgelegen sei, während

wesen. Nicht zuletzt gebe es in Kamenz gar nicht genug Juristen, um einen reibungslosen Arbeitsablauf der Amtsgeschäfte zu gewährleisten.

Zu den üblichen zeremoniellen Handlungen eines Landtags unter landesherrlicher Beteiligung gehörte auch ein großes mehrgängiges Gastmahl, das der Kurfürst am 14. Juli im Kamener Rathaus für den Landeshauptmann, 23 Angehörige der Ritterschaft und die vornehmsten Gesandten der Städte ausrichtete, noch bevor er am Folgetag den Landtagsschluss entgegennahm und schließlich in die Niederlausitz aufbrach.



// Das alte Rathaus von Kamenz um 1820, Carl Müller, Aquarell, 6. März 1851 // Städtische Sammlungen Kamenz, Stadtgeschichte im Malzhaus, Inv.-Nr.: 7925 SG

Johann Georg I. hatte die Landvogtei und die Landeshauptmannschaft als die beiden höchsten Ämter der Oberlausitz neu besetzt und die hergebrachte Ordnung hergestellt, was die Stände mit ihrem Dank quittierten und dabei lediglich an die Einhaltung der üblichen Formalitäten erinnerten. Die Zahlung der Biergelder und weiterer Summen, die u. a. der

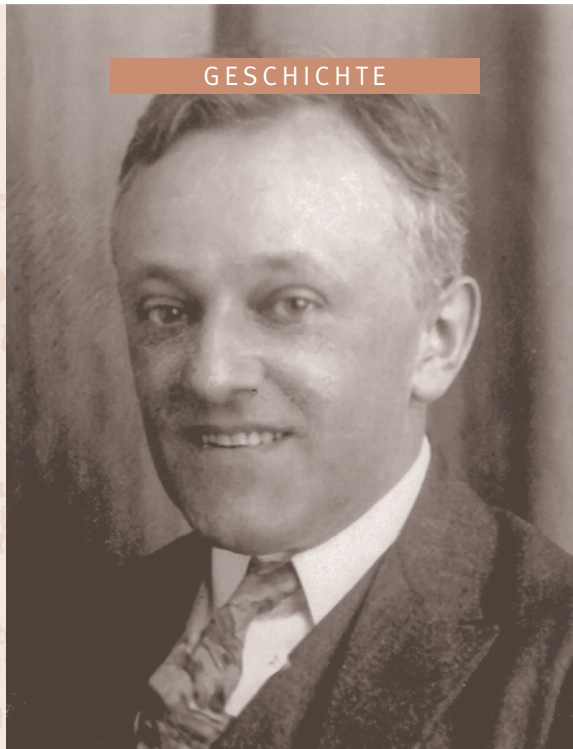
Bautzen doch verhältnismäßig zentral liege. Zudem habe die Stadt Kamenz zu wenige Lebensmittel, um die Amtsträger und ihre Mitarbeiter angemessen versorgen zu können. Damit würde man auch der Stadt Bautzen eine Einkommensquelle entziehen. Auch für die Angehörigen der Amtsträger wären mit einer Verlegung der Kanzlei zu viele Nachteile verbunden ge-

Oberlausitzer Landtage

Die Kamener Ständeversammlung gehört als landesherrlich einberufene Zusammenkunft in die Reihe der sogenannten Großen Landtage in der Oberlausitz. Sie fanden üblicherweise nur in mehrjährigen Abständen statt und zeichneten sich durch eine längere Dauer und ein ausgeprägtes Zeremoniell aus. Die mit Abstand häufigste Form der Ständeversammlungen in der Oberlausitz stellen im Gegensatz dazu jedoch die dreimal jährlich in Bautzen absolvierten Landtage dar. Hier versammelten sich allein die Stände und die Landesbeamten, um in vergleichsweise kurzen Sitzungen über die Belange des Landes zu beraten.

Die Oberlausitzer Landtagsgeschichte ist im Vergleich mit anderen Ständeversammlungen auf dem Gebiet des historischen Römisch-Deutschen Reichs nicht nur wegen ihrer dichten Tagungsfolge in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Allerdings harren die zahlreich vorhandenen Archivrquellen der Landtage mehrheitlich der Auswertung. Im Ländervergleich stellen die Oberlausitzer Landtage daher leider noch immer ein großes Forschungsdesiderat dar.

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Ihre Biografien und politischen Werdegänge spiegeln die Umbrüche jener Epoche. Der Landtagskurier zeichnet ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nach. //



// Erich Zeigner um 1925 //
Foto: Erich-Zeigner-Haus Leipzig e.V.

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

Erich Zeigner – Der umstrittene Krisenmanager von 1923

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 3)

Der dritte sächsische Ministerpräsident nach Begründung des Freistaates unterschied sich gleich in mehrfacher Hinsicht von seinen beiden Vorgängern. Während Georg Gradnauer und Wilhelm Buck eher für ein kritisches Verhältnis zur KPD bekannt waren, stand Erich Zeigner für eine politische Nähe zu ebendieser Partei. Seine relativ kurze Ministerpräsidentenschaft ist vor allem deswegen heftig umstritten: War er schon damals für die einen ein demokratischer Neuerer aus sozialistischem Geist, attackierten ihn andere als Ministerpräsident eines »Sowjet-Sachsen«. Zeigners Bild in der Geschichte schwankt, zumal er später auch als SED-Politiker wirkte. Doch es gibt noch weitere Differenzen

zu seinen Vorgängern: Während Buck und Gradnauer über Reichstagsmandate verfügten, war Zeigner der erste Ministerpräsident mit Landtagsmandat. Aber auch mit seinem Werdegang unterschied er sich stark von seinen Vorgängern. Im Gegensatz zu den »alten« Sozialdemokraten Gradnauer und Buck war Zeigner erst 1919 – und damit nach der Revolution – zur SPD gestoßen. Das resultierte aber nur bedingt aus seiner Generationsspezifika: Gewiss war der 1886 geborene Zeigner 20 Jahre jünger als Gradnauer, allerdings wies er auch eine andere Sozialisation auf. Als Volljurist war er schon vor 1918 im Staatsdienst tätig gewesen – nämlich in Leipzig als Richter und Staatsanwalt.

Im Sommer 1921 schlug dann die große Stunde für den damals 35-Jährigen. Die sächsische SPD nominierte ihn als Nachfolger für den aus dem Amt des Justizministers geschiedenen Rudolf Harnisch. Als Kabinettsnovize agierte Zeigner reformfreudig und zupackend: Er versuchte mit seiner Personalpolitik alte überkommene Strukturen aufzubrechen, den Strafvollzug zu humanisieren und die Gnadenpraxis intensiver zu handhaben. Mit diesem Vorgehen erwarb sich Zeigner im eigenen politischen Spektrum Zuspruch und Anerkennung, im konservativen Lager jedoch einige Gegner. Bei der im November 1922 anstehenden Landtagswahl errang der Justizminister ein Landtags-

mandat, das ihm zusätzlich politischen Rückhalt brachte.

Sieben Monate Regierungschef

Als sich im Frühjahr 1923 der nur noch geschäftsführende Ministerpräsident Buck weigerte, mit den Kommunisten ein vertragliches Bündnis einzugehen, die Mehrheit der Landes-SPD sich aber für ein solches rechnerisch mögliches Bündnis aussprach, stellte sich der 37-Jährige zur Verfügung. Am 21. März 1923 wurde Zeigner mit den Stimmen von SPD und KPD zum Ministerpräsidenten gewählt. Die im Tolerierungsvertrag festgelegte Schaffung »Proletarischer Hundertschaften« war auch im

SERVICE

Antrittsbesuch des kroatischen Botschafters

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner empfing am 16. Juli 2021 den Botschafter der Republik Kroatien, Gordan Bakota, zu dessen Antrittsbesuch in Sachsen. Die Begegnung, bei der sich der Botschafter in das Gästebuch des Sächsischen Landtags eintrug, fand im Sächsischen Ständehaus statt. Kroatien ist seit 2013 Mitglied der Europäischen Union und pflegt traditionell enge Verbindungen mit Deutschland. Das Land unterhält in der Bundesrepublik mehrere konsularische Vertretungen, darunter eine in Dresden.

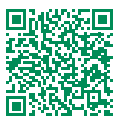


Tag der offenen Tür des Sächsischen Landtags zum Dresdner Stadtfest

Vom 1. bis 3. Oktober 2021 findet das Dresdner Stadtfest »Canaletto« statt. Inmitten des Festgeländes öffnet der Sächsische Landtag seine Türen und bietet den Gästen ein abwechslungsreiches Programm:

- ▶ Nehmen Sie an einer Führung durch das Gebäude und den Plenarsaal teil.
- ▶ Kommen Sie mit Abgeordneten ins Gespräch und informieren Sie sich über ihre Tätigkeiten im Sächsischen Landtag.
- ▶ Statten Sie der Ausstellung »Das Parlament der Sachsen« einen Besuch ab und gewinnen Sie mit etwas Glück tolle Preise beim Politikquiz.
- ▶ Lernen Sie die Garnisonsstadt Frankenberg kennen, Ausrichterin des »Tag der Sachsen 2022«.
- ▶ Entdecken Sie die spannende Arbeit von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften auf der »Blaulichtmeile« auf dem Landtagsvorplatz.

Das Programm gilt vorbehaltlich der im Oktober geltenden Corona-Schutz-Verordnung. Bitte informieren Sie sich vor Ort oder auf unserer Internetseite www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/service/publikationen/index.cshhtml



www.landtag.sachsen.de/aktuelles/index.cshhtml



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
29.09. – 30.09.2021
18.11. – 19.11.2021
21.12. – 22.12.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besuchsbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132. Offene Führungstermine ohne Voranmeldung sind voraussichtlich ab September wieder möglich.

Im Bürgerfoyer kann die Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 18 Uhr (in den Sommerferien 10 – 18 Uhr) individuell besucht werden.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 27.07.2021
Gastautoren: Dr. Jan Bergmann-Ahlsweide (TU Dresden), Norbert Portmann (Kamenz), Prof. Dr. Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.